

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

N<sup>o</sup> 309.

Sonntag den 5. November.

1854.

Mittwoch den 8. November a. c. Abends 6 Uhr

ist öffentliche Sitzung der Stadtverordneten im gewöhnlichen Locale.

Tagesordnung: 1) Gutachten des Ausschusses zum Bau-, Oekonomie- und Forstwesen über

a) eine Eingabe hiesiger Bürger gegen die Verwendung des Hermannschen Grundstücks zur Ablagerungsstätte von Dünger u. dgl. betr.;

b) die Verwendung der zwischen der Funkenburg und dem Wehrgraben an der Frankfurter Chaussee gelegenen Grundstücke zur Anlegung pachtweise zu vergebender Gärten.

2) Gutachten des Verfassungsausschusses, den Entwurf zum Miethregulativ, s. w. d. a. betr.

### Landtagsmittheilungen.

Sechste öffentliche Sitzung der ersten Kammer  
am 3. November.

Die erste Kammer hat heute auf Grund des Berichtes ihrer Zwischen-Deputation die Berathung des Entwurfs eines Strafgesetzbuchs begonnen und die Debatte über den allgemeinen Theil desselben bereits zu Ende geführt. Die Kammer hat hierbei beantragt, daß die wieder aufgenommene, im Entwurfe jedoch auf Personen männlichen Geschlechts beschränkte Strafe der körperlichen Züchtigung auch auf Personen weiblichen Geschlechts ausgedehnt werde.

Neunte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer  
am 3. November.

Auf der Tagesordnung befand sich die Beantwortung der vom Abg. Ritter in der zweiten öffentlichen Sitzung eingebrachten Interpellation von Seiten des königlichen Ministeriums des Innern. Die gedachte Interpellation lautet: „I. a) Hat das hohe Ministerium des Innern bereits zuverlässige Berichte über die bevorstehenden Nahrungsmittelverhältnisse? Im bejahenden Falle: Ist b) das Resultat dieser Berichte übereinstimmend mit den günstigen Berichten, welche von der Presse verbreitet sind, namentlich in der „Leipziger Zeitung“, oder nicht? Im letztern Falle: Ist c) das Ministerium gesonnen, Schritte zu thun, damit die Bevölkerung recht bald eine klare und sichere Ansicht erlangt über die bevorstehenden Chancen hinsichtlich der Nahrungsmittelpreise? — II. Gedenkt die hohe Staatsregierung im Laufe dieses außerordentlichen Landtags ein Gesetz den Kammern vorzulegen über die Straßenbauverhältnisse und namentlich zu Regulirung der Verpflichtungen des Grundbesitzes hierzu?“ Nachdem das Präsidium bemerkt hatte, daß der Bericht der zweiten Deputation über das allerhöchste Decret, den Bau der Bittau-Reichenberger Eisenbahn betreffend, auf der Registrande eingegangen sei und daß derselbe eventuell am nächsten Dienstage zur Berathung kommen solle, erhob sich Staatsminister v. Beust und beantwortete die vorge dachte Interpellation.

Den ersten Theil der Interpellation anlangend, bemerkte der Staatsminister Folgendes: „Es sei mir zunächst erlaubt, zu bemerken, daß, wie mir wohl auch der geehrte Herr Interpellant zugestehen wird, auf dessen kompetentes Urtheil ich mich überhaupt in der Sache berufen darf, zuverlässige Berichte über die bevorstehenden Nahrungsmittelverhältnisse nicht zu erlangen sind, da es sich hier mehr oder minder um Besorgnisse handelt, deren Verwirklichung von Umständen abhängt, die mit völliger Bestimmtheit nicht vorherzusagen sind. Ich glaube aber, den Gedanken des Herrn Interpellanten recht zu verstehen, wenn ich voraussetze, seine Absicht gehe dahin, zu vernehmen, welche Berichte dem Ministerium

über die diesjährigen Ernteergebnisse, insbesondere über die Ergebnisse der Getreideernte vorliegen, und ob diese Berichte mit den in öffentlichen Blättern, namentlich in der Leipziger Zeitung erschienenen übereinstimmen. In dieser Beziehung habe ich nun zu bemerken, daß die Berichte, welche einen sichern und vollständigen Ueberblick und Abschluß gewähren, erst im nächsten Monat zu erwarten sein werden. Was die Berichte betrifft, die in öffentlichen Blättern und namentlich in der Leipziger Zeitung erschienen sind, wobei ich übrigens beiläufig zu bemerken habe, daß die in der Leipziger Zeitung niedergelegten Berichte nicht officiellen Ursprungs sind, so liegen denselben mehr oder minder locale und augenblickliche Auffassungsweisen zu Grunde, und es mag sich daher erklären, daß sie nicht überall mit der Wirklichkeit im Einklange stehen und sehr oft eine allzu sanguinische Färbung angenommen haben. Ich möchte daraus der Leipziger Zeitung keinen zu großen Vorwurf gemacht wissen, weil auch andere Blätter des Auslandes sich durch den Wunsch, augenblicklich über die localen und günstigen Erscheinungen im Interesse der allgemeinen Beruhigung zu berichten, verleiten ließen, in ähnlicher Weise Vorstellungen zu erwecken, welche den Verhältnissen nicht entsprachen. So viel darf indessen von der andern Seite zur Beruhigung gesagt werden, daß ein Mangel an Stoff, ein Mangel an Getreidevorräthen, wie er vor 7 Jahren sich fühlbar machte, nicht zu besorgen ist, was aber gar nicht ausschließt, daß es sehr wünschenswerth und nothwendig ist, daß sich eben jene von mir erwähnten irrigen Voraussetzungen über eine zu große Ergiebigkeit der Ernte im Publicum berichtigen möchten. Die Frage freilich, welche der Herr Interpellant im zweiten Sage ins Auge faßt, wie die Preise sich gestalten werden, ist wohl nicht allein abhängig von der Entscheidung der eben berührten Frage der Vorräthe, sie steht vielmehr im engen Zusammenhange theils mit dem Gerathen oder Misgerathen anderer zum täglichen Lebensunterhalte gehörigen Früchte, theils mit den auswärtigen Verkehrsverhältnissen, welche durch Erleichterung oder Erschwerung der Zuflüsse, deren Sachsen in sehr ausgedehnter Weise bedarf, auf die Preise und deren Gestaltung nothwendig zurückwirken. Wie sich die letztern in nächster Zeit gestalten werden, ist eine Frage, welche nach dem Gutachten sachkundiger Beobachter in diesem Augenblicke mit Bestimmtheit weder im guten noch im schlimmen Sinne beantwortet werden kann. Jedenfalls darf die hohe Kammer sich davon überzeugt halten, daß die Regierung diesem ernststen Gegenstande ihre vollste und unausgesetzte Aufmerksamkeit zuwendet.“

Anlangend alsdann den andern Theil der Interpellation, so machte der Herr Staatsminister zuvörderst darauf aufmerksam, daß diese Frage schon früher Gegenstand ständischer Anträge gewesen und daß sich auch die Staatsregierung vielfach damit beschäftigt